

Vielfach wird unsere Bildungs- und Parteierziehungsarbeit mechanisch und ohne Berücksichtigung der Besonderheiten durchgeführt. Gerade auf diesem Gebiet sollten wir differenzierter an diese Arbeit herangehen. Dadurch wird eine der Voraussetzungen zum erfolgreichen Studium geschaffen.

Kürzlich hielt Genosse Walter Ulbricht in der Verwaltungsakademie „Walter Ulbricht“ in Forst-Zinna eine grundlegende Vorlesung über die neuen Verwaltungsaufgaben. Unser Zentralorgan hat diese Rede veröffentlicht. Es müßte nun die Aufgabe aller Parteigruppen in den Verwaltungsorganen sein, diese Rede durchzuarbeiten, um daraus die konkreten Schlußfolgerungen und Maßnahmen für die eigene Arbeit zu ziehen. Es kommt heute darauf an, mit allen Kräften unsere Parteimitgliedschaft mit den marxistisch-leninistischen Erkenntnissen auszurüsten, um sie allseitig zu befähigen, den großen Aufgaben gerecht zu werden. Die Aufgabe unserer Parteimitglieder in den Verwaltungen besteht darin, alle Mitarbeiter zu einem demokratischen Staatsbewußtsein zu erziehen. Ihr Wirken und Handeln muß zu jeder Zeit davon Zeugnis ablegen, daß sie Mitarbeiter und beispielgebende Vertreter der neuen, demokratischen Verwaltung sind, die den Interessen des Volkes dient.

Eine weitere wichtige Aufgabe, die vor den Verwaltungen steht, ist die Organisation des Wettbewerbs. Viele haben sich den Kopf darüber zerbrochen, wie der Wettbewerb in den Verwaltungen zu organisieren ist.

Zu Beginn der Wettbewerbsbewegung gab es natürlich auch die üblichen Kinderkrankheiten. So erschien in vielen Wettbewerbsverträgen z. B. eine Verpflichtung zum pünktlichen Erscheinen zur Arbeit. Daß man pünktlich zur Arbeit erscheint, ist eine Selbstverständlichkeit. Wer wiederholt nicht pünktlich zur Arbeit erscheint, sei es in der Verwaltung oder anderswo, ist ein Bummelant. Das ist keine Angelegenheit des Wettbewerbs, sondern Sache des Kampfes gegen die Bummelanten. Damit muß mandurch Aufklärung und, wenn notwendig, durch administrative Maßnahmen fertig werden.

Wie soll nun der Wettbewerb in der Verwaltung vor sich gehen? Der individuelle Wettbewerb in der Verwaltung kann nur dort vorgenommen werden wo Normen festgesetzt werden können. Für eine Vielzahl von Arbeiten in der Verwaltung können Normen nicht ausgearbeitet werden. Es geht schlecht an, daß sich jemand verpflichtet, am Tage 80 Briefe zu schreiben und ein anderer 100. Für alle diejenigen Mitarbeiter der Verwaltung, für deren Arbeit Normen nicht ausgearbeitet

werden können, muß der kollektive Wettbewerb organisiert werden: der Wettbewerb von Abteilung zu Abteilung, von Hauptabteilung zu Hauptabteilung, usw.

Zu dieser wichtigen Aufgabe sagen die Richtlinien des Sekretariats des Politbüros folgendes:

„Um die Arbeit des Regierungsapparates stetig zu verbessern, soll die Wettbewerbsbewegung unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Regierungsapparates breit entfaltet werden.

Der Wettbewerb muß die vorfristige Erfüllung der Aufgaben zum Ziel haben, die den Hauptabteilungen, den Abteilungen oder Arbeitsgruppen gestellt sind. Der Wettbewerb muß weiter entfaltet werden:

für die Verminderung der Ausgaben für den Unterhalt des Apparates?

für die vorfristige Beendigung von Plänen, Zeichnungen, Statistiken, Bilanzen usw. ?

für die Eingabe und Verwirklichung von Verbesserungsvorschlägen.“

Die wesentlichsten Methoden zur Entfaltung des Wettbewerbs im Regierungsapparat sind der kollektive Wettbewerbsvertrag zwischen den Hauptabteilungen, den Abteilungen und Arbeitsgruppen eines Ministeriums oder Amtes, die ständige Arbeitsbesprechung und das persönliche Arbeitsbeispiel der Mitglieder und Kandidaten unserer Partei.

Ein Wort zu den Besonderheiten unserer Parteigruppen in den Verwaltungen ist deshalb notwendig, weil gerade auf diesem Gebiet Unklarheiten unter unserer Parteimitgliedschaft und den Parteileitungen bestehen. Unseren Parteileitungen und Parteiorganisationen in den Verwaltungen „steht nicht das Recht zu, sich die Führung und das Verfügen der Verwaltungsorgane einzumischen.“

Die zweite Besonderheit der Parteiorganisationen in der Verwaltung besteht darin, daß Einwendungen zu Personalfragen nicht unmittelbar gemacht werden können, sondern den höheren Parteileitungen zur Behandlung und zur Entscheidung vorgelegt werden müssen. Das Hauptaugenmerk unserer Parteiorganisationen und Parteileitungen in den Verwaltungen muß sich auf Unterstützung und Hilfe für die Kader konzentrieren, auf die Prüfung, ob die Kräfte richtig eingesetzt sind und wie sie sich entwickeln.

Um die Aufgaben der Verwaltungsorgane der Deutschen Demokratischen Republik erfolgreich durchzuführen und ihre Arbeit reibungsloser zu gestalten, ist die Schaffung ideologisch fester, politisch klarer und organisatorisch straffer Parteiorganisationen in allen Verwaltungen notwendig. Nur dadurch kann die führende Rolle der Partei gesichert werden.

Einige Lehren aus der Resolution des Informationsbüros der Kommunistischen und Arbeiterparteien über „Die Kommunistische Partei Jugoslawiens in der Gewalt von Mördern und Spionen“*

Das Informationsbüro der Kommunistischen und Arbeiterparteien beschäftigte sich auf seiner Tagung vom November vorigen Jahres in Ungarn sehr ausführlich mit der Lage in Jugoslawien.

Der Verrat der Tito-Clique beruht, wie es besonders deutlich durch die Gerichtsverhandlungen gegen Rajk und Kostoff zum Ausdruck kam, nicht auf politischen „Fehlern“. Hier hat sich vielmehr eine Gruppe von langjährigen Polizei- und Spionageagenten, mit Doppelzüngigkeit und Lüge die Macht erschlichen und nutzt sie nun nach Willen und Wunsch ihrer imperialistischen Auftraggeber auf.

Den Kriegstreibern und ihrer Belgrader Agentur wurde durch die Enthüllungen der Prozesse in Budapest und Sofia ein schwerer Schlag versetzt. Die Aufdeckung ihrer finsternen Pläne war ein Erfolg für die Kräfte des Friedens.

Selbstverständlich haben die amerikanischen Imperialisten, denen die Wirtschaftskrise im Nacken sitzt, ihre Pläne nicht aufgegeben. Die friedliebenden Kräfte werden weiterhin in steigendem Maße wachsam sein müssen, wenn sie die Kriegsfurie zurückdrängen wollen.

Unsere Partei hat ganz besondere Veranlassung, in erhöhtem Maße den Plänen und Absichten der Imperialisten ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Unser Land ist zu zwei Drittel von den westlichen Mächten, unter denen sich die Amerikaner die absolute Vormacht sicherten, besetzt. Inmitten des Gebietes unserer Republik liegt das von den westlichen Mächten zerrissene und gesplante Berlin, das sie selber als Brückenkopf zu bezeichnen pflegen und das, wie hundertfach erwiesen ist, von ihnen auch als Brückenkopf für ihre Zersetzungs- und Spaltungsarbeit in der Ostzone benutzt wird. Denn im Gefolge der westlichen Besatzungsarmeen befinden sich die zahlreichen Geheimdienste und Spionageagenturen, und unter ihrem Schutz arbeiten deutsche Agenten, die sich teils im Ostbüro der SPD, teils um Jakob Kaiser und in dessen sogenanntem Ministerium zusammengefounden haben.

Das Ziel der amerikanischen Imperialisten in Deutschland ist das gleiche, das in den Prozessen gegen Rajk und Kostoff enthüllt wurde. Sie wollen aus ganz Deutschland eine Aufmarschbasis gegen die Volksdemokratien und die Sowjetunion machen, und sie scheuen keine Ausgaben, sie verschmähen keine Mittel, um ihr Ziel zu erreichen.

In das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik kommen alle Arten von Sendboten westlicher Geheimdienste, um für ihre Auftraggeber Informationen zu sammeln, Sabotageakte zu organisieren, die Reihen unserer Partei zu zersetzen und in der Bevölkerung Zweifel an unserer Politik zu säen. Sie stützen sich dabei auf gewisse Personen und Kreise, die, ähnlich wie die Clique um Rajk, Branco und Kostoff, in der Vergangenheit jahrelang für Geheimdienste gearbeitet haben. Ehemalige Gestapospitzele und Mitarbeiter der politischen Polizei der Weimarer Republik, Angehörige von trotzkistischen Agenturen oder sogenannten „oppositionellen“ Gruppierungen, aber